

UNION IN EUROPA

CDU/CSU-Gruppe
im Europäischen Parlament

Nummer 6 · 23. November 2000 · www.cdu-csu-ep.de

Inhalt

Elmar Brok:
Erweiterung der EU
Seite 2/3

Bernd Posselt:
EU-Polizeiakademie
Seite 4

Brigitte Langenhagen:
FAIR-Programm
Seite 5

Rolf Berend:
Regionalförderung
Seite 7



EU braucht gemeinsame Strategie zur Erweiterung

Der Vorsitzende des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments Elmar Brok fordert eine gemeinsame Strategie für die Erweiterung der Europäischen Union. Die Erweiterung müsse nach dem Prinzip der Differenzierung erfolgen, nachdem jedes Land aufgrund seiner Fortschritte bei der Erfüllung der Beitrittskriterien eingeschätzt wird.

Um den Ängsten in der Bevölkerung vor der Erweiterung entgegenzuwirken müsse mehr auf die Vorteile hingewiesen werden. Gerade in Deutschland würden zu oft die Kosten, nicht aber der Nutzen der Erweiterung in den Vordergrund gerückt.

Seite 2/3

ELMAR BROK

Erfordernisse für eine gemeinsame Strategie zur Erweiterung der EU

Nachdem das Europäische Parlament am 4. Oktober 2000 mit überwältigender Zustimmung die von Mitgliedern des Auswärtigen Ausschusses erarbeiteten Erweiterungsberichte verabschiedet hatte, wurde am 8. November 2000 von der Europäischen Kommission ein Strategiepapier vorgelegt, in dem die Fortschritte jedes Bewerberlandes auf dem Weg zum Beitritt analysiert und in einzelnen Berichten detailliert beschrieben werden. Die Kommission hat in ihrem Strategiepapier die vom EP seit Beginn gestellte Forderung nach einer differenzierten und individuellen Verhandlungsführung gestützt. Ebenso geht die Kommission auf die seit langem existierende Forderung des Parlaments nach einem Zeitplan ein. Nach dem Prinzip der Differenzierung wird jedes Land nach seinen Verdiensten beurteilt, ohne daß politische Rabatte erteilt werden. Die Kandidatenstaaten werden nach ihren Leistungen und Fortschritten bei der Erfüllung der Beitrittskriterien eingeschätzt werden, um die politische Glaubwürdigkeit in den fünfzehn derzeitigen Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Auch soll durch dieses System der individuellen Fortschrittsentwicklung



Elmar Brok MdEP

der Druck auf die Beitrittsstaaten erhöht werden, sich aktiv auf die Aufnahme in die Europäische Union vorzubereiten und intensiv den Transformationsprozeß im eigenen Land zu fördern. Die Fortschrittsberichte weisen die Länder Estland, Polen und Ungarn als diejenigen aus, die in der ersten Erweiterungsrunde nach der

zeitigem Entwicklungsstand aufgenommen würden. Voraussetzung bleibt aber, daß die Fortschritte in demselben Tempo weitergehen wie bisher.

Kommission wie Parlament betonen, daß die Beitrittskandidaten die schwierige Transformationsperiode auf dem Weg zur Errichtung unabhängiger Demokratien in hohem Maße erfolgreich beschritten haben. Rechtsstaat und pluralistische Systeme konnten sich weitgehend durchsetzen. Der Stand der Verhandlungen wird daran gemessen, inwieweit die Beitrittskandidaten den von der EU über die Jahrzehnte erworbenen Besitzstand („Aquis“), also das Gemeinschaftsrecht übernommen haben. In vielen Fällen muß noch die schwierige Frage der Übergangsregelungen getroffen werden. Zwar sollen diese im Grundsatz die Ausnahme bilden, werden aber in vielen Bereichen

verhandelt werden müssen, um einen reibungslosen Beitritt vorzubereiten, der den Beitrittsländern eine faire Chance gibt, sich in der Union zu etablieren. Bisher hat die Kommission allerdings mehr als 500 Forderungen der Bewerberländer für Übergangsmaßnahmen vor allem im Bereich der Landwirtschaft vorliegen.

Institutionelle Reform

Auf dem Europäischen Rat in Helsinki haben die Staats- und Regierungschefs die Zusage gemacht, daß die EU bis zum Ende des Jahres 2002 erweiterungsfähig wird. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn auf dem Gipfeltreffen in Nizza am 8./9. Dezember eine umfassende institutionelle Reform der leftovers von Amsterdam und der Entscheidungsstrukturen im Rat erfolgt. Die Ausdehnung des Prinzips der qualifizierten Mehrheit sollte als *conditio sine qua non* für die Ratifizierung des Vertrags von Nizza angesehen werden. Dabei ist es nicht unbedingt notwendig, daß die Mehrheitsentscheidung in allen Bereichen sofort durchgesetzt wird. Vielmehr ist der Übergang zum Mehrheitsprinzip vorrangig in der Handels-, der Steuer-, der Struktur-, der Rechts- und Innen- sowie der Sozialpolitik umzusetzen. Das Europäische Parlament wird sich vorbehalten, die Regierungskonferenz als gescheitert zu beurteilen und seine Zustimmung zur Erweiterung zu verweigern, wenn der Europäische Rat diese Reform nur in Teilbereichen und damit halbherzig anzugehen versucht.

Um die Atmosphäre vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern der Union und den Kandidatenstaaten zu fördern, muß ein Zeitplan für

die erste Erweiterungsrunde verbindlich eingehalten werden. Hierfür ist es wichtig, daß der Vertrag von Nizza bis zum Ende 2002 ratifiziert wird. Bis zu diesem Zeitpunkt können die Beitrittsverhandlungen mit den ersten Beitrittskandidaten abgeschlossen sein.

Die Kommission hat eine Wegskizze vorgelegt, wonach die Verhandlungen mit den am weitesten fortgeschrittenen Kandidaten im Jahr 2002 nach dem „Regatta-Prinzip“ abgeschlossen werden können. Für die demokratische Legitimation einer erweiterten Union wird es gut sein, daß diejenigen Staaten, die zu diesem Termin zum Beitritt bereit sind, schon aktiv an der nächsten Europawahl 2004 werden teilnehmen können.

Kommunikationsstrategie

Um den Ängsten in der Bevölkerung vor der Erweiterung entgegenzuwirken wurde eine Kommunikationsstrategie entwickelt, um die Bürger der Europäischen Union und der Bewerberländer zu informieren und sie zur Unterstützung dieser Entwicklung aufzurufen. Gerade in Deutschland muß verstärkt auf die Vorteile der Erweiterung hingewiesen werden. Zu oft werden die Kosten, nie jedoch die Nutzen für die Bürger der Europäischen Union in den Vordergrund gerückt. Erst wenn sich in den Köpfen festgesetzt hat, daß wir die Gewinner der Erweiterung sind, ist ein unumstößlicher Erfolg vorprogrammiert.

Elmar Brok (CDU NRW) ist Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten und Vertreter des EP in der Regierungskonferenz zur Reform der EU.

BERND POSSELT

EU-Polizeiakademie setzt sich durch

HOCHWERTIGE AUSBILDUNG FÜR POLIZISTEN AUS DER EU

Durchbruch für die Idee einer Europäischen Polizeiakademie: Sowohl das Europäische Parlament als auch der Rat haben jetzt einen entsprechenden Legislativvorschlag ausgearbeitet. Das von mir schon 1995 bei einer Fachtagung in Deggendorf entwickelte Projekt einer gemeinsamen Ausbildung von Polizisten aus den Mitgliedstaaten und den Kandidatenländern soll bereits nächstes Jahr durch Vernetzung bestehender nationaler Polizeiakademien Wirklichkeit werden. Grundlage dieser Kooperation werden gemeinsame Ausbildungsprogramme sein, die in besonderer Weise EU-Recht und EU-Standards beinhalten.

In dieser vernetzten Akademie sehen wir allerdings nur einen ersten Schritt. Mit Unterstützung von EU-Innenkommissar Vitorino und der Mehrheit des Europäischen Parlamentes kämpfe ich dafür, spätestens in zwei oder drei Jahren eine tatsächliche Akademie einzurichten, mit Standort wenn möglich im ostbayerischen Raum. Diese Option einer tatsächlichen Akademie mit festem Sitz wird durch den verabschiedeten Legislativvorschlag ausdrücklich möglich gemacht.



Bernd Posselt MdEP

Für die Schaffung einer solchen Polizeiakademie hatte sich das Europäische Parlament schon 1998 in der Entschließung zu meinem damaligen Bericht über Osterweiterung und innere Sicherheit stark gemacht.

Beim Gipfel von Tampere Ende 1999 hatten sich auch die 15 Mitgliedstaaten der EU meinem Vorschlag angeschlossen, allerdings weiter nichts unternommen, bis jetzt Portugal dankenswerterweise eine entsprechende Initiative ergriff.

Im Straßburger Septemberplenium brachte ich das Thema in der Kommissionsfragestunde zur Sprache und EU-Innenkommissar Vitorino bekräftigte seine Entschlossenheit, dieses Projekt zu verwirklichen. Die Mitgliedstaaten seien allerdings gespalten. Einige von ihnen wollten sich auf die Vernetzung der nationalen Ausbildungsinstitute beschränken, andere sähen dies nur als Durchgangsstation zu einer fest eingerichteten Akademie. Letzteres sei auch die Meinung der Kommission.

Im November brachten Europaparlament und Rat dann aufgrund meiner Vorlage den entsprechenden Legislativvorschlag auf den Weg.

Für die künftige Arbeit der Akademie zeichnen sich folgende inhaltliche Schwerpunkte ab:

- Durchführung einer qualitativ hochwertigen Fachausbildung für Strafverfolgungsbeamte in Schlüsselstellungen, die im Rahmen der Bekämpfung der Kriminalität tätig sind, mit besonderem Augenmerk auf der organisierten Kriminalität
- Entwicklung und Durchführung von Lehrgängen für Ausbilder
- Unterrichtung über bewährte Praktiken und Forschungsergebnisse
- Ausarbeitung und Durchführung von Schulungsmaßnahmen betreffend den Einsatz bei der Unterstützung von Drittstaaten (z.B. Albanien oder Kosovo) in Krisensituationen
- Ausarbeitung und Durchführung von Schulungsmaßnahmen für die Strafverfolgungsbehörden der Beitrittsstaaten
- Erleichterung von Austauschmaßnahmen
- Entwicklung eines „elektronischen Netzes“, das die Akademie bei der Durchführung ihrer Aufgaben unterstützt
- Vermittlung angemessener Sprachkenntnisse für Strafverfolgungsbeamte der Mitgliedstaaten.

Massiv unterstützt wird das Projekt von den Polizeigewerkschaften und von Bayerns Innenminister Günther Beckstein.

Bernd Posselt (CSU Bayern) ist Vizepräsident des Innenausschusses im EP.

BRIGITTE LANGENHAGEN

Kontrolle der EU-Forschungspolitik

FÜR DIE ZUKUNFT FORTSCHRITTE ANGEMAHNT

Die vergangene Sitzung des Europäischen Parlaments war unter dem Aspekt der Haushaltskontrolle von zwei wichtigen Punkten geprägt: Zum einen wurde der Jahresbericht des Europäischen Rechnungshofes über das Haushaltsjahr 1999 vorgestellt, zum anderen wurde der Bericht zum Programm FAIR einstimmig angenommen. Während der Jahresbericht des Rechnungshofes zumindest teilweise die Amtszeit der neuen Kommission abdeckt, und sie deshalb eindeutig in die Pflicht genommen werden kann, handelt es sich beim Pro-

gramm FAIR sozusagen um eine „Altlast“ aus einer vergangenen Ära. Aber auch den Altlasten dürfen keine Freibriefe ausgestellt werden, sondern sie müssen untersucht und bewertet werden. Das ist unsere Aufgabe als Kontrollgremium.

Kontrolle statt Freibrief

Das Programm FAIR zur Forschung in den Bereichen Fischerei, Landwirtschaft und Agroindustrie war Teil des IV. Forschungsrahmenprogramms, das von

1994 bis 1998 lief. Insgesamt wurden in diesen Jahren 660 Millionen Euro an Gemeinschaftsmitteln aufgewendet, um mehr als 600 Forschungsprojekte beispielsweise zur Tiergesundheit, zum Waldmanagement, zur Aquakultur und zur Nahrungsmittelsicherheit durchzuführen.

Obwohl in der Kommission bereits einige Erfahrung in der Durchführung derartiger Forschungsprogramme vorhanden war, konnten die Ergebnisse des Sonderberichts des Rechnungshofes die Mitglieder des Haushaltskontrollausschusses nicht zufriedenstellen.

Die Länge des gesamten Kontrollverfahrens ist in seiner praktizierten Fassung nicht akzeptabel.

Mehr Aktualität

Es ist einfach unmöglich, daß von Beginn der Untersuchung bis zur Übermittlung des Berichts an das Parlament zwei ganze Jahre vergehen. Ein wenig Aktualität muß denn doch gewahrt bleiben. Es geht dabei nicht um die Durchführung der Kontrollen, die brauchen ihre Zeit, sondern es geht um das kontradiktorische Verfahren und gegebenenfalls auch um die Publikation. Hier besteht Handlungsbedarf: Dringend müssen Modalitäten gefunden werden, die in angemessener Zeit zur Veröffentlichung eines Sonderberichts führen. Meine diesbezügliche Anfrage an die Kommission hat Vorge-

hensweisen aufgezeigt, aber leider hat sich bisher kein verwertbares Ergebnis herauskristallisieren lassen.

Angesichts der Bedeutung des Forschungsprogramms für die Landwirtschaft und Fischerei ist es bedauerlich, daß einige Probleme die Organisation des Programms betreffend festgestellt wurden: Unklare Beschreibung der Auswahlkriterien und Zielvorgaben, ungenügende Transparenz bei der Auswahl, Fehler in den bescheinigten Ausgaben, unzureichende Sanktionsmöglichkeiten sowie unzulässige Verbindungen von Sachverständigen und bei den Forschungsvorschlägen be-



Brigitte Langenhagen MdEP

teiligten Organisationen. Zudem war die Zusammenarbeit der beteiligten Generaldirektionen Forschung, Landwirtschaft und Fischerei unzufriedenstellend und muß künftig effizienter gestaltet werden.

Erfreulich war die konstruktive Atmosphäre zwischen Prüfern und Geprüften, die sich nicht wie zwei gepanzerte Schildkröten stumm gegenüberstanden: Es wurde von allen Seiten Stellung bezogen, ohne in starre Frontstellungen zu verfallen. Die Anstrengungen der Kommission zur Verbesserung der Verwaltung des Programms FAIR sind zu begrüßen und lassen auf eine positive Entwicklung in der Zukunft hoffen.

Brigitte Langenhagen (CDU Niedersachsen) ist Obfrau im Fischereiausschuß und Mitglied im Haushaltskontrollausschuß.

ROLF BEREND

EU-Regionalpolitik nach der Erweiterung

KONZENTRATION UND FÖRDEREFFIZIENZ UNABDINGBAR

Spätestens wenn die ersten Beitrittskandidaten aus Mittel- und Osteuropa in die Europäische Union aufgenommen werden, muß sich die europäische Regionalförderpolitik grundlegend ändern. Die bisherige Unterstützung einfach auf die neuen Mitglieder auszudehnen, wäre unbezahlbar. Darin besteht Einigkeit sowohl bei Politikern als auch bei Fachleuten.

Konzentration auf das Wesentliche ist angesagt. Sehr unterschiedlich sind die Meinungen darüber, wie die Regionalförderung nach dem Auslaufen der jetzigen Förderperiode ab dem Jahr 2007 zu gestalten ist. In der EU-Kommission, im Europäischen Parlament, in den Regionen der Europäischen Union und in der Wissenschaft werden derzeit die unterschiedlichsten Modelle diskutiert.

Zunehmende Unterstützung erhält der Vorschlag, die Regionalförderung teilweise von der EU auf die Nationalstaaten zurück zu verlagern. Eine Möglichkeit, die vor allem von den Regionen befürwortet wird. Die Kommission denkt derzeit über eine Konzentration der Kräfte durch eine Bündelung von Kompetenzen nach. Kommissionspräsident Romano Prodi sprach sich dafür aus, im Rat



Rolf Berend MdEP

künftig mit Mehrheit über die Verwendung der EU-Strukturfondsmittel zu entscheiden. Bislang kann hier nur einstimmig entschieden werden, was immer wieder zu undurchsichtigen „Kuhhandeln“ zwischen den EU-Staaten führt.

Es bedarf keines neuerlichen Beweises dafür, daß viele Regionen in der EU, die jetzt gefördert

werden, nicht mehr zu den meistbegünstigten gehören werden, wenn neue Mitglieder der EU beitreten, deren Bruttoinlandsprodukt (BIP) weit niedriger liegt als das der bisher Geförderten. Viele Regionen werden daher ihre „Förderwürdigkeit“ verlieren.

Es ist illusorisch zu glauben, künftig signifikante Einsparungen bei der Strukturpolitik vornehmen zu können. Man sollte sich auch von der Illusion verabschieden, so viel Geld zur Verfügung zu haben, wie notwendig wäre, um ab 2007 die Regionalförderung auf heutigem Niveau fortzuführen. Die reichen EU-Staaten noch mehr zur Kasse zu bitten und gleichzeitig ihre Regionen aus der Förderkulisse herauszunehmen, wäre ebenso wenig akzeptabel und würde eine neue Nettozahlerdebatte von ungekannter Schärfe lostreten.

Regionalpolitik muß auch künftig so gestaltet sein, daß sie den Zusammenhalt der Gemeinschaft fördert und damit alle Komponenten in Betracht zieht.

Es darf nicht der Eindruck entstehen, daß die EU den Aufholprozeß der wirtschaftsschwächeren Regionen mit Gemeinschaftsmitteln fördert und gleichzeitig die Selbstbehauptung wirtschaftsstärkerer Regionen behindert, die in globaler Konkurrenz stehen und an deren Erfolg das Wohlstandspotenzial der gesamten Union geknüpft ist. Sinnvoller Weise sollte sich die europäische Regionalförderung auf die sogenannten Ziel-1-Regionen mit einem BIP von weniger als 75% des EU-Durchschnitts und auf die Gebiete, die ab 2007 als ehemalige Ziel-1-Gebiete in die Phasing-out-Phase gehen, konzentrieren. Darüber hinaus sollte die Stärkung der „Humanressourcen“ gefördert werden. Alle anderen Förderziele sollten an die Mitgliederstaaten abgegeben werden, die dann die freiwerdenden EU-Mittel nach eigenen Präferenzen einsetzen könnten. Die Folge wäre eine Steigerung des Kostenbewußtseins und der Fördereffizienz.

Rolf Berend (CDU Thüringen) ist Regionalpolitischer Sprecher der CDU/CSU im Europäischen Parlament und Vizepräsident im Arbeitskreis B für Wirtschaft, Währung, Regionalpolitik, Industrie und Außenhandel.

Rechnungshofbericht 1999

Bei der Debatte über den Rechnungshofbericht in der letzten Sitzungswoche des Europäischen Parlaments bezeichnete die Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses Diemut Theato es als ernüchternd, daß der Rechnungshof für das Jahr 1999 der Europäischen Kommission zum sechsten Mal in Folge nicht das Testat der Zuverlässigkeit erteilen will. Die Fehlerquote liege nach wie vor deutlich über fünf Prozent (ca. 5 Mrd. Euro). Dahinter steckten nicht in jedem Fall Betrügereien. Oft seien es Nachlässigkeiten oder Mißverständnisse angesichts zu komplizierter Regeln und Verfahren. „Eine solche Fehlerrate ist schlicht unakzeptabel und kann auf Dauer nicht hingenommen werden“, so das Fazit der CDU-Abgeordneten.

Darüber hinaus erklärte Diemut Theato im Namen der EVP-ED-Fraktion, daß im Rechnungsabschluß für 1999 die Angaben zu Vorschuß- und Abschlagszahlungen am Jahresende fehlten sowie die bestehenden Verpflichtungen um 2,6 Mrd. Euro unterbewertet und die potenziellen Forderungen zugleich zu hoch bewertet seien.

Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-ED-Fraktion des Europäischen Parlaments. **Für den Inhalt verantwortlich:** Hartmut Nassauer MdEP, Markus Ferber MdEP.
Redaktion: Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, IHZ, 11011 Berlin, Telefon (030) 20961322, e-mail: stephan.mock@cducsu.bundestag.de.
Verlag: Union Betriebs GmbH, Eggermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0.
Herstellung: VVA – Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.